

BastA!

Basels starke Alternative

14. JUNI

FEMINISTISCH STREIKEN



Am 14. Juni wird es wieder einen grossen Frauenstreik bzw. feministischen Streik geben. Die Streikkollektive und Gewerkschaften arbeiten auf Hochtouren an der Planung verschiedener Aktionen und Events. Vom Kickboxen, über Tanzaktionen und Demos ist in Basel alles dabei.

Neu ist in diesem Jahr die KiWaRo-Demo über Mittag. Das Ziel der KiWaRo-Demo ist es, das Leben in den Mittelpunkt zu stellen und Sorgearbeit sichtbar zu machen. Kinderwägen, Rollstühle, Rollatoren, alle Menschen, die Sorgearbeit leisten oder auf Sorgearbeit angewiesen sind, sind willkommen. Das sind genau genommen ALLE Menschen. Die Sorge umeinander ist das verbindende Element, denn jeder von uns weiss um die eigene Verletzlichkeit und die Angewiesenheit auf Fürsorge,

spätestens wenn wir uns an unsere Kindheit erinnern.

Der monetäre Wert (branchenübliche Löhne) der unbezahlten Arbeit den allein Frauen in der Schweiz leisten, beträgt pro Jahr CHF 248 Milliarden.¹ Das ist mehr als alle Ausgaben die der Bund, alle Kantone und alle Gemeinden tätigen.

Eine Milliarde Stunden arbeiten Frauen jährlich unbezahlt allein für die Betreuung der Kinder. Das sind fast doppelt so viele Stunden wie alle Männer im Baugewerbe.

Diese unbezahlte Arbeit führt schliesslich dazu, dass Frauen in der Schweiz jährlich 100 Milliarden Franken weniger Einkommen haben. Das ist fast so viel, wie über Nacht als Notkredit für die Credit Suisse gesprochen wurde², den Frau-

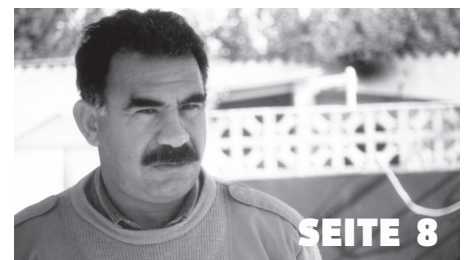
weiter auf Seite 3

AZB
4005 Basel
POST CH AG
Mutationen an:
Postfach 225
4005 Basel



SEITE 4

**LNG - WIE DREI
BUCHSTABEN DIE GANZE
REGION BESCHÄFTIGEN**



SEITE 8

SYSTEMALTERNATIVEN



SEITE 10

PHARMA FÜR ALLE

- 24. Mai
Triff unsere Bürgergemeinderatskandidierenden im Schützenmattpark 17-19 Uhr (Infos S. 5-7)
- 31. Mai
Triff unsere Bürgergemeinderatskandidierenden am Claraplatz 17-19 Uhr
- 14. Juni
Feministischer Streik (S. 1 & 3)
- 18. Juni
Abstimmungssonntag und Bürgergemeinderatswahlen
- 24. Juni
Bildungstag zu Ökosozialismus
- 12. August
Grün-Alternatives Sommerfest
- 26. August
Bildungstag zu Social Media
- 30. August
Mitgliederversammlung
- 27. September
Mitgliederversammlung
- 30. September
Nationale Klimademo

MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA! Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen und bei allen Entscheidungen, wie z.B. Parolenfassungen, deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinations-Sitzungen (Vorstandssitzungen), die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.- pro Monat respektive Fr. 120.- pro Jahr.
<http://basta-bs.ch/mitglied>

IMPRESSUM

OECD-STEUER: NEIN ZUR MOGELPACKUNG

Die OECD-Steuerreform hat das Ziel, den Steuerwettbewerb für grosse Unternehmen zu unterbinden und für mehr Steuergerechtigkeit auf internationaler Ebene zu sorgen. Grundsätzlich eine gute Idee. Doch wie die Schweiz die Reform umsetzen will, ist äusserst problematisch.

Die Reform sieht vor, dass multinationale Unternehmen ihre Steuern dort zahlen müssen, wo sie ihre Gewinne tatsächlich erzielen. Zudem soll die Einführung eines globalen Mindeststeuersatzes von 15 Prozent verhindern, dass Unternehmen ihre Gewinne in Steueroasen verlagern, um ihre Steuerlast zu minimieren. Obwohl die Reform die Ungerechtigkeiten des globalen Steuersystems, von denen die Schweiz besonders profitiert, nicht vollständig beseitigt, setzt sie eine erste, wenn auch tiefe Grenze für den aggressiven und ruinösen Steuerwettbewerb.

Eigentlich ja alles gut. Eben leider nicht. Im Juni werden wir nämlich darüber abstimmen, wie die zusätzlichen Steuereinnahmen aus der OECD-Reform zwischen Bund und Kantonen verteilt werden sollen. Wenn es nach dem Parlament geht, sollen 75 Prozent der zusätzlichen Steuereinnahmen an die Kantone gehen und nur 25 Prozent an den Bund. Dieses Verteilungsmodell verschärft den inländischen Steuerwettbewerb, da der grösste Teil der Mehreinnahmen in einige wenige Kantone wie Zug oder Basel-Stadt fliessen wird, wo sie für finanzielle Anreize an Unternehmen verwendet werden. Beispielsweise wurde in Basel-Stadt die Vermögenssteuer gesenkt. Anstatt die Mehreinnahmen in die Bundeskasse fliessen zu lassen, um damit Ausgaben für die Allgemeinheit zu finanzieren, verkommt die Reform mit diesem Verteilungsschlüssel zu einem Katalysator für Steuersenkungsorgien. Einmal mehr geht dabei die Bevölkerung leer aus.

Deshalb sollte die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer, wie sie die Schweiz anpeilt, in ihrer derzeitigen

Form abgelehnt werden. Es ist notwendig, den Bundesanteil zu erhöhen, um den schädlichen inländischen Steuerwettbewerb nicht weiter anzuhetzen. Ein Nein an der Urne bietet Bundesrat und Parlament die Chance, nochmals über die Bücher zu gehen und eine gerechtere Vorlage auszuarbeiten.



Sina Deiss, Co-Präsidentin BastA!

PAROLEN IN KÜRZE

Eidgenössische Vorlagen

NEIN zum Bundesbeschluss vom 16. Dezember 2022 über eine besondere Besteuerung grosser Unternehmensgruppen (Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen)

JA zum Bundesgesetz vom 30. September 2022 über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG)

JA zur Änderung vom 16. Dezember 2022 des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)

**UND AUF BÜRGERGEMEINDERATSEBENE LISTE 27 WÄHLEN!
MEHR INFOS AB SEITE 5**

Fortsetzung Seite 1

en aber vehement in der Anerkennung ihrer Altersleistungen für eine existenzsichernde Rente abgesprochen wird.

Sorgearbeit bzw. Caring ist allerdings nichts, was nur Frauen leisten. Immer mehr Männer formulieren auch das Bedürfnis nach präsenter Vaterschaft. Die oben erwähnten Zahlen sagen zudem noch nichts über queere Sorgepraxen aus, da diese ungenügend oder nicht statistisch erfasst sind. Doch auch hier haben sich diverse Sorgepraxen herausgebildet, die über Kinderbetreuung und Altenpflege hinaus gehen.³

Alle Sorgepraxen haben gemeinsam, dass sie unbezahlt oder schlecht bezahlt stattfinden. Während der Corona-Pandemie versicherten wir einander, dass wir jetzt wüssten was systemrelevant ist und was nicht. Ich war mir fast sicher, dass Bankenrettungen über Nacht nicht mehr vorkommen, denn das Narrativ der Systemrelevanz war ein anderes. Doch das alte Normal ist zurück und schlägt allen Menschen, die Sorgearbeit leisten, ins Gesicht.

Es bleibt also an uns, das Leben selbst ins Zentrum politischen Handelns zu rücken und laut zu sagen: «Diese Welt muss unser sein.»

1 <https://feministische-fakultaet.org/makroskandal/>

2 Die Liquiditätshilfe der Nationalbank an die Crédit Suisse summierten sich per Ende März 2023 auf 108 Milliarden Franken (NZZ 25.04.2023). Am 29. März verabschiedet der Bundesrat Verpflichtungskredite für Nationalbank und UBS von insgesamt 109 Milliarden Franken (admin.ch).

3 <https://www.transcript-verlag.de/media/pdf/55/2a/61/oa9783839458358FhxPS9faxLteZ.pdf>



PROGRAMM 14. JUNI

- 10:46 Kinderwagen/Rollstuhl/Rollator –Demo (Theaterplatz)
im Anschluss: Austausch zum Thema Care-Arbeit (SP Basel-Stadt)
- 10:46 (Start) Ausruf & Manifest 14. Juni (Theaterplatz)
- 11.00 - 15.00 Redebeiträgen, Musik, Mittagessen und Basteln für die Demo (Rathausgasse Liestal)
- 11:30 - 14:00 Mittagessen & Getränke (Theaterplatz) auf Spendenbasis für Erdbebenopfer Türkei/Syrien (Getränke bis zur Demo 17:30)
- 13:33 Aktion Gender Overall Earnings Gap (Theaterplatz)
- 14:00 - 15:30 Kickboxprobetrainig NIMA (Kannenfeldpark)
- 14:00 - 16:00 Konsumstreik - wir tauschen: Essen, Kleider, Bücher, Ideen - bring & hol! (Theaterplatz)
- 15:24 Aktion Equal Pay Hour (Theaterplatz)
- 16:30 - 17:30 Reden, Musik & Tanz (Theaterplatz)
- 16.00 Besammlung der Baselländer*innen (Bahnhof Basel SBB)
- 17:30 Demo Start (Theaterplatz)
- 20:30 Tanzperformance Femtak (Theater Roxy)
- 21:00 Afterparty (Humbug)

WIE SETZEN SICH DIE VERSCHIEDENEN LIQUIDITÄTSHILFEN UND RISIKOGARANTIE VON STAATLICHEN STELLEN ZUSAMMEN?

- 100 Milliarden Franken zusätzliche Liquiditätshilfe-Darlehen der SNB für CS und UBS, abgesichert mit dem Konkursprivileg zugunsten der SNB, aber ohne staatliche Garantie des Bundes (so genannte zusätzliche Emergency Liquidity Assistance, E-LA+).
- 100 Milliarden Franken gesicherte Liquiditätshilfe der SNB, abgesichert mit dem Konkursprivileg zugunsten der SNB, geknüpft an strenge Voraussetzungen und zusätzlich mittels staatlicher Garantie des Bundes abgesichert (Public Liquidity Back-stop). Das Konkursprivileg und die strengen Voraussetzungen reduzieren das Risiko für den Bund deutlich.
- Maximal 9 Milliarden Franken staatliche Garantie an die UBS zur Absicherung von allfälligen Verlusten beim Verkauf von schwierig zu bewertenden Aktiven der Credit Suisse zur Übernahme von potentiellen Verlusten aus bestimmten Aktiven, die die UBS im Rahmen der Transaktion übernimmt. Die ersten 5 Milliarden Franken an allfälligen Verlusten auf diesen Positionen gehen in jedem Fall zu Lasten der UBS.

Ausserhalb des Pakets vom 19. März 2023:

- 50 Milliarden Franken: Ausserordentliche Liquiditätshilfe der SNB. Dies gehört zu dem bestehenden Instrumentarium der SNB, über welche Banken bei der Nationalbank gemäss Richtlinien über das geldpolitische Instrumentarium Liquidität gegen Sicherheiten beziehen können (so genannte Emergency Liquidity Assistance, ELA). Die Credit Suisse hat gemäss eigener Mitteilung vom 16. März 2023 in diesem Rahmen bis zu 50 Milliarden Franken gezogen.

Quelle: https://www.efd.admin.ch/efd/de/home/finanzplatz/uebernahme-credit-suisse-ubs.html#accordion_12395657291682947293763

LNG - WIE DREI BUCHSTABEN DIE GANZE REGION BESCHÄFTIGEN

Zurzeit kommt niemand am geplanten LNG¹-Terminal in Muttenz vorbei. Der Gasverbund Mittelland (GVM) spricht von einer Zukunftsinvestition, der Klimastreik wirft ihm Greenwashing vor und die Junge Mitte Baselland leistet sich einen Streit mit ihrer Mutterpartei. Für alle, die bei all dem den Überblick verloren haben oder sich fragen, was ein Flüssiggasterminal überhaupt ist, haben wir hier das Wichtigste zusammengestellt.

Gehen wir also zurück zum Anfang.

Ende Dezember verkündet der Gasverbund in der Sonntagszeitung stolz, das erste Flüssiggasterminal der Schweiz bauen zu wollen. Chef Rolf Samer geht davon aus, dass es schon nächsten Winter in Betrieb genommen werden kann. Im enthusiastischen Artikel ist von einem "Meilenstein der Schweizer Energieversorgung" die Rede. LNG ist Erdgas, welches auf -162 Grad heruntergekühlt wird und sich verflüssigt. In diesem Zustand kann es unter ständiger Kühlung per Container oder Schiff transportiert und über Terminals wieder ins Netz eingespeist werden. Einige Länder bauen LNG aus, um unabhängiger von russischem Gas zu werden. Dabei werden teils massive Überkapazitäten geschaffen. Zudem gefährdet der Ausbau fossiler Infrastruktur eine rasche Energiewende.

Im Februar kündigt der Klimastreik Widerstand gegen das Terminal an. Vor allem eine Aussage macht die Runde: „Das könnte das Lützerath von Basel werden“. Der Klimastreik veranstaltet einen Informationsabend mit Fachpersonen, an dem nicht nur über die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt gesprochen wird, sondern auch über die ökonomischen Risiken. Am 25. März findet die erste Kundgebung beim Hauptsitz des Gasverbunds in Arlesheim statt. In einem offenen Brief wird die Einstellung des Projekts gefordert.



Foto: Mike Langridge 2008, www.fotdmike.me.uk

In der Zwischenzeit rudert der GVM-Verwaltungsratspräsident André Dosé² zurück und relativiert das Projekt. Man wäre missverstanden worden und wolle "grünes Gas" und somit "nachhaltige" Infrastruktur bauen: "Das LNG-Terminal ist für die Einspeisung von flüssigem Biogas (LBG) oder synthetischem Methan (LGG) konzipiert worden." Dass Biogas den Gasverbrauch rein mengenmässig nicht ersetzen kann und synthetisches Gas sehr ineffizient und Stand jetzt nicht klimafreundlich ist, scheint kein Hindernis für dieses Projekt zu sein. Später betont Dosé, dass noch gar nicht entschieden sei, ob und in welcher Form sie dieses umsetzen.

Wenn der Verwaltungsrat Glück hat, hat die politische Stimmung ihm diesen kniffligen Entscheid schon abgenommen. So geht die Basler Regierung davon aus, dass eine Erweiterung der Gasinfrastruktur weder nötig noch wirtschaftlich ist. Und Ende März stellt sich das jgb zusammen mit vier anderen Jungparteien bis ins bürgerliche Lager gegen das Flüssiggasterminal und fordert einen schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien.

Und was geschieht jetzt? Der Widerstand geht weiter. In Muttenz entsteht eine Lokalgruppe, im Hintergrund werden die Bündnisse breiter und auch ausserparlamentarisch ist

man auf dem Weg eines Zusammenschlusses.

Der institutionelle Widerstand wird weiter vorangetrieben. Die Haltung der Basler Regierung konnte, dank einer Interpellation von Nicola Goepfert (GAB), ihr aus der Nase gezogen werden. Einmal ist 2037 in Basel Stadt Schluss mit Gas. Und zur Zeit liegen keine Pläne zum Bau eines LNG Terminals auf dem Tisch der IWB.

Ob das Terminal trotzdem noch gebaut wird, kann man noch nicht abschätzen und hängt vor allem von der Stärke des organisierten Widerstands ab. Was man aber jetzt schon feststellen kann, ist eine Diskursverschiebung: LNG sagt kein Mensch mehr und André Dosé vergisst nie die Wörter grün oder nachhaltig vor das Wort Gas zu stellen. Das ist noch keine Klimarevolution. Aber wir sollten es als unseren Erfolg verbuchen. Denn die Ära der fossilen Deutungshoheit ist vorbei.

1 Liquefied Natural Gas

2 Ehemaliger CEO der Fluggesellschaften Crossair, Swiss und Gulf Air

*Helma Pöppel & Benjamin Rytz,
junges grünes bündnis nordwest*

DEMOKRATIE, MACHT UND VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT IM BÜRGERGEMEINDERAT

In den letzten Monaten der aktuellen Legislatur stehen im Bürgergemeinderat zentrale Aspekte zu Good Governance und Gelder-Zuteilungen in den Sozialbereich in der Diskussion.

Im Fokus sind die Christoph Merian Stiftung und vier weitere Stiftungen, aber auch eine legitime politische Beteiligung von links-grün an der Exekutive.

1.) Mit einem «Auftrag» haben vier Bürgergemeinderatsmitglieder aus SP, FDP, BastA und EVP gefordert, dass die Stiftungsaufsicht der Bürgergemeinde zu entflechten und an die Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB) zu übertragen.

Die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) hatte schon 2017 in ihrem Evaluationsbericht «Wirksamkeit der Aufsicht über die klassischen Stiftungen» folgendes festgestellt: «Es ist fraglich, ob auf Gemeindeebene mit der Aufsicht über eine oder zwei Stiftungen die erforderliche Fachkompetenz sichergestellt ist. [...]». Bei vielen Stiftungen sei zwar eine enge Verbindung der Organe unumgänglich, was aber zu Interessenkonflikten führe. Damit den Anforderungen an die Professionalisierung und die Unabhängigkeit besser entsprochen werden kann, empfiehlt die EFK die Stiftungsaufsicht der Gemeinden an die unabhängigen (kantonalen) öffentlich-rechtlichen Aufsichtsinstanzen zu übertragen.

In der Folge hat beispielsweise der Kanton Zürich seine Rechtsgrundlagen angepasst und die Stiftungsaufsicht seiner Gemeinden an die selbständige, unabhängige Aufsichtsinstanz übertragen. Nicht so die Bürgergemeinde Basel! Sie lässt nach wie vor ihre Stiftungen, allen voran die äusserst potente Christoph Merian Stiftung (CMS) - Bruttovermögen 1.7 Milliarden, jährliche Fördersumme etwa 25 Mio., über 100 Mitarbeitende - nicht professionell beaufsichtigen. Dies scheint uns äusserst problematisch, ein unbefriedigendes Konstrukt, das einer zeitgemässen und sauberen Lösung bedarf.

RADIKAL MENSCHLICH:

FÜR GERECHTIGKEIT &

FÜR MITBESTIMMUNG

LISTE 27

BASELS STARKE ALTERNATIVE

Unsere Handlungsanträge waren vorsichtig formuliert: Sollten wir uns nicht überlegen...

...Die Stiftungsaufsicht wie von der EFK empfohlen, der kantonalen (unabhängigen) Stiftungsaufsicht zu übergeben. Die Stiftungskommission/Stiftungsrat und Bürgerrat personell zu entflechten. Und ob die Oberaufsicht des Bürgergemeinderates nicht einer Klärung bedürfe.

...Die Aufsichtskommission sollte, zu Händen des Bürgergemeinderates, nach Vorliegen des Gutachtens mit Handlungsempfehlungen berichten und eine Gesetzesänderung vorschlagen.

Dennoch: die Wellen gingen schon im Vorfeld der Frühlingssitzung hoch. Die Diskussion im Saal war äusserst hitzig. Mit 17 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen und einem Stichentscheid der bürgerlichen Bürgerratspräsidentin zu Ungunsten des Vorstosses! - wurde das Anliegen dann versenkt. Nicht einmal eine Überprüfung der Praxis wurde vom bürgerlichen Block zugelassen! Bei so knappen Resultaten muss man sich auch fragen, ob nicht eine zweite Runde angebracht ist.

2.) Die Christoph Merian Stiftung setzt nur 17% ihrer gesamten Fördergelder für den zentralen Stiftungszweck «Linderung der Noth und des Unglücks» ein. Dabei wäre gerade in diesem Zweckbereich in Basel grosser Handlungsbedarf. Sowohl bei der Armutsbekämpfung, als auch beim Einsatz für Geflüchtete würde ein verstärktes Engagement dem Stifterwillen sehr entsprechen.

Nun steht der Leistungsauftrag der CMS für die Periode 2025-2028 im Raum. Klar, der schweizerische Sozialstaat hat in den letzten Jahrzehnten die Armutsbekämpfung in Basel beeinflusst. Trotzdem sind soziale «Noth» und «Armut» aktuell sehr relevante Themen – gerade bezüglich der Entwicklungen beispielsweise im Migrations- oder Flüchtlingsbereich, betreffend Gesundheit, Bildung und Arbeit. Im von der CMS selbst initiierten und finanzierten 300-seitigen «Armutbericht Basel-Stadt» wurde mit fundierten «facts and figures» aufgezeigt, dass Armut in Basel ein zeitgemässes, bedeutendes Thema ist. Der CMS-Präsident selbst schrieb, dass die im Armutbericht aufgezeigten «43 Handlungsempfehlungen uns und den

Verantwortlichen in Basel als Basis zukünftigen Handelns im Armutsbereich dienen sollen» (Vorwort). Auch weitere neuere Studien zeigen auf, dass die für Christoph Merian so wichtige Armutsbekämpfung ein brennendes Thema in Basel bleibt: von «Kinderarmut» (Sozialbericht Basel-Stadt) bis «Altersarmut» (Pro Senecute).

Doch das Gesamt-Engagement-Volumen 2021 von CHF 22.2 Mio. setzt sich zu Ungunsten des sozialen Aspektes zusammen. In den Jahren 2020 und 2021 wurden grössere Corona-Beiträge für in Not geratene soziale und kulturelle Institutionen gesprochen, nicht aber von der Christoph Merian Stiftung, sondern von der Dachstiftung d.h. von der Stiftung Frank und Alma Probst.

Mit einem so geringen Anteil von nur 17 Prozent für den Stiftungszweck «Linderung der Noth und des Unglücks» am CMS-Gesamtengagement werden die Vorgaben des Testaments von Christoph Merian bezüglich Stiftungszweck ungenügend berücksichtigt. Nur 4 Prozent aller CMS-Mitarbeitenden arbeiten in der Abteilung Soziales.

Eigentlich ist es die Hauptaufgabe der Stiftungsaufsicht dafür zu sorgen, dass der Stiftungszweck eingehalten wird. Weshalb die Stiftungsaufsicht (heute Oberaufsicht Bürgerrat) im vorliegenden Fall nicht näher hingeschaut hat, ist schwer verständlich. Diese ungenügende Berücksichtigung des Stifterwillens sollte in den nächsten Jahren über den CMS-Leistungsauftrag aber auch insgesamt korrigiert werden.

3.) Und damit kommen wir zum dritten Punkt. Wegen dem knappen links-rechts Stimmenverhältnis im Bürgergemeinderat und einem besonderen Verständnis der Mehrheit, werden die Exekutiv-Sitze nicht proportional verteilt, sondern nach dem Mehrheitsprinzip und vor allem an die rechts-bürgerlichen bis Mittelparteien vergeben. Dem Grünen Bündnis wird seit Jahren trotz entsprechender Stärke ein exekutiver Sitz vorenthalten.

Für die Legitimation der Bürgergemeinde wären ein fairer Proporz, die Klärung der Gewaltenteilung sowie verbesserte Transparenz gegen aussen richtige und wichtige Schritte. Die Umstrukturierung und Bündelungen der städtischen Aufgaben auf eine Ein-

wohnergemeinde (ohne Mitsprache von Riehen und Bettingen) wären zur Zeit überzeugender.

Daher brauchen wir bei den nächsten Wahlen unbedingt 20 und mehr Sitze!



Brigitta Gerber,
Bürgergemeinderätin BastA!

BÜRGERGEMEINDERATSWAHLEN 18. JUNI

UNSERE LISTE FÜR EINEN WANDEL IM BÜRGERGEMEINDERAT

BastA! Basels starke Alternative

Liste **27**

27.01 Gerber Brigitta 1964, BastA!, Dr.phil., Präs. terre des hommes & Off. Kir. Elisabethen	bisher	27.10 Ramadani Nertila 1994, BastA!, Juristin, Soziologin, Vorstand Sans-Papiers
27.01 Gerber Brigitta 1964, BastA!, Dr.phil., Präs. terre des hommes & Off. Kir. Elisabethen	bisher	27.10 Ramadani Nertila 1994, BastA!, Juristin, Soziologin, Vorstand Sans-Papiers
27.01 Gerber Brigitta 1964, BastA!, Dr.phil., Präs. terre des hommes & Off. Kir. Elisabethen	bisher	27.11 Schlumpf Marijana 1972, BastA!, Pflegefachfrau BSoN Medizinische Dienste BS
27.02 Goepfert Nicola 1991, BastA!, Gewerkschaftssek., Co-Präs. Anlaufstelle Sans-Papiers	bisher	27.11 Schlumpf Marijana 1972, BastA!, Pflegefachfrau BSoN Medizinische Dienste BS
27.02 Goepfert Nicola 1991, BastA!, Gewerkschaftssek., Co-Präs. Anlaufstelle Sans-Papiers	bisher	27.12 Urrejola Balçak Magdalena 1970, BastA!, Geschäftsleiterin AHbB, Menschenrechtsaktivistin
27.02 Goepfert Nicola 1991, BastA!, Gewerkschaftssek., Co-Präs. Anlaufstelle Sans-Papiers	bisher	27.12 Urrejola Balçak Magdalena 1970, BastA!, Geschäftsleiterin AHbB, Menschenrechtsaktivistin
27.03 Berger Natalie 1975, BastA!, Juristin, Fachperson Diversität und Gleichstellung		27.13 Usta-Kotevogu Fahriye 1965, BastA!, Sozialpädagogin & Familienbegleiterin, Schürätin, SYKP
27.03 Berger Natalie 1975, BastA!, Juristin, Fachperson Diversität und Gleichstellung		27.13 Usta-Kotevogu Fahriye 1965, BastA!, Sozialpädagogin & Familienbegleiterin, Schürätin, SYKP
27.04 Enggist Regula 1958, BastA!, ehem. Heilpädagogin, ehrenamtl. im Papiermuseum		27.14 Zimmermann Mia 2001, BastA!, Studentin Psychologie und Englisch, Skilehrerin
27.04 Enggist Regula 1958, BastA!, ehem. Heilpädagogin, ehrenamtl. im Papiermuseum		27.14 Zimmermann Mia 2001, BastA!, Studentin Psychologie und Englisch, Skilehrerin
27.05 Feuz Barbara 1961, BastA!, Soz. Fachfrau, Ausbilderin HF, Co-Präs. Sans-Papiers		27.15 Bolliger Oliver 1971, BastA!, Grossrat, Präsident GSK, Sozialarbeiter, vpod, AvSocial
27.05 Feuz Barbara 1961, BastA!, Soz. Fachfrau, Ausbilderin HF, Co-Präs. Sans-Papiers		27.15 Bolliger Oliver 1971, BastA!, Grossrat, Präsident GSK, Sozialarbeiter, vpod, AvSocial
27.06 Hutmacher Carolina 1985, BastA!, Mutter, Sozialarbeiterin, ehem. Mitglied EBK		27.16 Fox Hugo 1988, BastA!, Energiespezialist, Vater, Feuerwehrmann
27.06 Hutmacher Carolina 1985, BastA!, Mutter, Sozialarbeiterin, ehem. Mitglied EBK		27.17 Gruber Johannes 1972, BastA!, Dr.phil., Gewerkschaftssekretär, Soziologe, Migration
27.07 Karakuyu Seyhan 1993, PdAS Basel, Studentin Politikwissenschaft & Nahoststudien, SYKP		27.17 Gruber Johannes 1972, BastA!, Dr.phil., Gewerkschaftssekretär, Soziologe, Migration
27.07 Karakuyu Seyhan 1993, PdAS Basel, Studentin Politikwissenschaft & Nahoststudien, SYKP		27.18 Güthe Felix 1969, BastA!, Entwicklungsingenieur erneuerbare Energie, Dr.rer.nat.
27.08 Messeri Beatrice 1952, BastA!, ehemalige Lehrerin, Grossrätin und Erziehungsrätin		27.18 Güthe Felix 1969, BastA!, Entwicklungsingenieur erneuerbare Energie, Dr.rer.nat.
27.08 Messeri Beatrice 1952, BastA!, ehemalige Lehrerin, Grossrätin und Erziehungsrätin		27.19 Mück Finn 1991, BastA!, Musiker, Musiklehrer, Vater, Mitglied FGV Basel-West
27.09 Mück Heidi 1964, BastA!, Grossrätin, ehemalige Bürgergemeinderätin		27.20 Vincenzi Andreas 1963, BastA!, Primarlehrer im Ruhestand
27.09 Mück Heidi 1964, BastA!, Grossrätin, ehemalige Bürgergemeinderätin		27.21 Wyss Benedikt 1986, BastA!, Archäologischer Grabungstechniker

UNSERE THEMEN FÜR EINEN WANDEL IM BÜRGERGEMEINDERAT

BÜRGERGEMEINDERATSWAHLEN

Am 18. Juni 2023 finden in Basel-Stadt Bürgergemeinderatswahlen statt. BastA! wird erstmalig eine eigene Liste für den Bürgergemeinderat aufstellen. Wahl- und stimmberechtigt sind leider nur Basler Bürger*innen. Obwohl in unserem Kanton fast 200.000 Menschen leben, sind nur etwa 50.000 Menschen berechtigt den Bürgergemeinderat zu wählen.

Neben den Einbürgerungen als wichtiges Tätigkeitsfeld, hat die Bürgergemeinde auch die Aufsicht über die Christoph Merian Stiftung, die Zünfte und unterhält beispielsweise das Bürgerspital und das bürgerliche Waisenhaus. Hilf uns dabei, frischen Wind in den Bürgergemeinderat zu bringen!

EINBÜRGERUNGEN VEREINFACHEN

Der Einbürgerungsprozess ist voller Hindernisse. Nach Jahren des Wartens bis man endlich lange genug in der Schweiz und in Basel ist, um sich einbürgern zu lassen, müssen Sprachprüfung, Wissenstest und Einbürgerungsgespräch bestanden werden. Hinzu kommen die hohen Kosten. Für Menschen mit gutem Einkommen und weitergehender Bildung ist das mühsam, aber machbar. Für Menschen mit wenig Geld, nur wenigen Jahren Schulbildung oder gerade für junge Menschen mit Prüfungsangst sind diese Hürden kaum überwindbar.

Wir wollen, dass alle Menschen, die in Basel leben, mitbestimmen können und Einbürgerungen einfacher werden. Die Einbürgerung von Kindern soll kostenlos sein und Deutsch- sowie Vorbereitungskurse für die Einbürgerung müssen gratis angeboten werden. Wir finden, dass es die Einbürgerungsgespräche in dieser Form nicht mehr braucht. So lange sie aber existieren, müssen sie offener und wohlwollender werden.

ARBEITSBEDINGUNGEN VERBESSERN

Die Bürgergemeinde ist auch Arbeitgeberin. Mehr als 1700 Menschen arbeiten im Bürgerspital, im Bürgerlichen Waisenhaus, bei der CMS oder im Forstbetrieb der Bürgergemeinde Basel. Besonders in der aktuellen Krise, in der das Leben immer teurer wird, braucht es spürbare Lohnerhöhungen.

Wir setzen uns zudem dafür ein, dass in Pflege und Betreuung mehr Personal eingestellt wird, um den Stress zu reduzieren.



UNSERE BISHERIGEN:
NICOLA GOEPFERT & BRIGITTA GERBER

BÜRGERGEMEINDE FÜR ALLE

Nur jede Dritte in Basel lebende Person darf an den Bürgergemeinderatswahlen teilnehmen. Man muss nicht nur erwachsen und Schweizer*in sein, sondern auch noch Basler Bürger*in.

Wir finden, das ist überholt. Wir wollen eine Bürgergemeinde, die eine Einwohner*innengemeinde wird und alle Menschen mitnimmt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Wahlordnung angepasst wird und alle Menschen, die in Basel leben, an den Bürgergemeinderatswahlen teilnehmen dürfen. Ausserdem sollen sie auch die Regierung der Bürgergemeinde direkt wählen können, nicht nur das Parlament.

KLIMAGERECHTIGKEIT

Im Hitzesommer 2018 ist jeder fünfte Baum im Hardwald abgestorben. Die Klimakrise ist direkt vor unserer Haustür spürbar geworden.

Die Bewirtschaftung des Hardwalds, der der Bürgergemeinde Basel gehört, muss angepasst werden. Wir erwarten aber auch, dass die Bürgergemeinde und insbesondere die CMS ihre Tätigkeit korrigiert und auf dem Dreispitz ein klimagerechtes Pilotquartier, statt Luxus-Beton-Hochhäuser baut.

Ausserdem fordern wir analog zum Grossen Rat Basel-Stadt eine Klimakommission, die mit Blick auf soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit Massnahmen erarbeitet und deren Umsetzung kontrolliert.

DER DEMOKRATISCHE KONFÖDERALISMUS – EIN WEGWEISENDES GESELLSCHAFTSMODELL?

In dieser und den nächsten Ausgaben des BastA!-Bulletins wollen wir euch Alternativen zum Kapitalismus vorstellen. Transformatorische Konzepte, Gedanken über eine Welt nach dem Kapitalismus und gelebte Alternativideen. Für diese Serie freuen wir uns über weitere Diskussionsbeiträge, aber auch Inputs von euch.

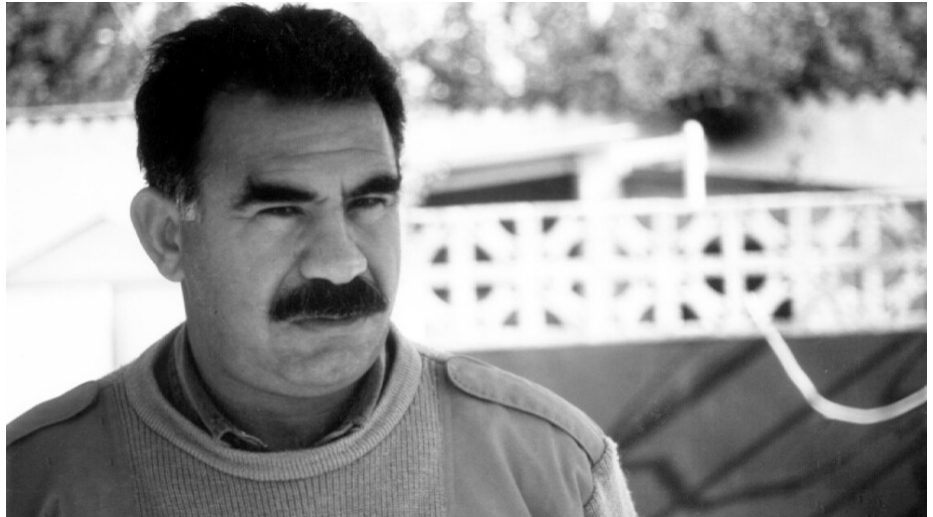
Das Konzept des demokratischen Konföderalismus wurde von Abdullah Öcalan, dem Präsidenten der kurdischen Arbeiterpartei PKK, entwickelt. Der Begriff bezeichnet ein basisdemokratisches Verwaltungssystem, das nicht staatlich kontrolliert wird, also eine Art Demokratie ohne Staat oder partizipative Demokratie. Welche Chancen bietet dieses Modell, welche Schwachstellen sind auszumachen?

Etliche Elemente des demokratischen Konföderalismus sind nicht neu. So wurde bereits in der Pariser Kommune 1871 mit einem Rätssystem experimentiert, und 1919 wurde im Zuge der Novemberrevolution in Deutschland die Räterepublik München ausgerufen. Beide Versuche, eine neue basisdemokratische Gesellschaftsordnung zu etablieren, wurden allerdings schon nach kurzer Zeit mit militärischen Mitteln brutal beendet.

Auch die Sowjetunion etablierte ein Rätssystem. Allerdings basierte dieses auf dem Prinzip des «demokratischen Zentralismus» mit dem Ziel, einen sozialistischen Staat aufzubauen. Der demokratische Konföderalismus hingegen will das genaue Gegenteil: grösstmögliche Dezentralisation, Selbstorganisation und Selbstverwaltung der gesellschaftlichen Gruppierungen und Gemeinschaften, regionale Entscheidungsprozesse ohne Einwirkung des Staates. Anarcho-syndikalistische Elemente sind unverkennbar. Öcalan hat sein Modell nicht zuletzt unter dem Eindruck des Zusammenbruchs der Sowjetunion entwickelt. Sein Fazit: Sozialismus ohne Basisdemokratie ist zum Scheitern verurteilt.

Wie funktioniert der demokratische Konföderalismus?

Der demokratische Konföderalismus berücksichtigt die Tatsache, dass Gesellschaften nie homogen sind, sondern aus einer Vielzahl unterschiedlicher



*Abdullah Öcalan, Philosoph und Mitgründer der Arbeiterpartei Kurdistans
Bildquelle: ANF, <https://anfdeutsch.com/aktuelles/abdullah-ocalan-der-staat-spielt-ein-hochgefährliches-spiel-25289>*

ethnischer und religiöser Gemeinschaften und politischer Interessensgruppierungen bestehen. Er will diese Vielfalt nicht einebnen, sondern in den politischen Entscheidungsprozessen abbilden. Keine gesellschaftliche Kraft soll für sich einen Hegemonieanspruch reklamieren können.

Abdullah Öcalan beschreibt dies folgendermassen: «Im Gegensatz zu einem zentralistisch-bürokratischen Verständnis von Verwaltung und der Ausübung von Macht stellt der Konföderalismus eine Art der politischen Selbstverwaltung dar, bei der sich alle Gruppen der Gesellschaft und alle kulturellen Identitäten auf regionalen Treffen, allgemeinen Versammlungen und in Räten äussern können.»¹ Und an anderer Stelle: «Demokratischer Konföderalismus basiert auf der Mitwirkung der Basis. Seine Entscheidungsfindungsprozesse liegen bei den Gemeinschaften. Höhere Ebenen dienen nur der Koordination und Umsetzung des Willens der Gemeinschaften, die ihre Delegierten zu den Vollversammlungen schicken. Für einen begrenzten Zeitraum sind sie sowohl Sprachrohr

als auch ausführendes Organ. Jedoch liegt die grundlegende Entscheidungsgewalt bei den lokalen Basisorganisationen.»²

Die entscheidende Rolle der Frauen

Abdullah Öcalan ist der Überzeugung, dass «die Frauen der Schlüssel zur Demokratie» sind. In der kurdischen Bewegung gilt daher die zwingende Regel, dass alle politischen Ämter sowohl auf Gemeinde- wie auf Parteiebene doppelt besetzt werden, mit einer Frau und einem Mann. Viele politische Gremien werden ausserdem ebenfalls doppelt geführt: einmal als gemischtgeschlechtliche und einmal als reine Frauengremien. Die Frauen werden so zur treibenden Kraft im demokratischen Konföderalismus.

Umsetzung auf Gemeindeebene

In den ersten beiden Jahrzehnten dieses Jahrhunderts feierte die kurdische Bewegung im Südosten der Türkei grosse Wahlerfolge. In vielen Gemeinden und Städten stellte die kurdische Partei BDP (später HDP) die Co-Bürgermeisterin und den Co-Bürgermeister. Diese machten sich daran, die

Prinzipien des demokratischen Konföderalismus auf Gemeindeebene umzusetzen. Sie initiierten Quartierräte und forderten dazu auf, eine Liste mit den vordringlichsten Projekten einzureichen. Allerdings trafen die neugewählten Amtsinhaber:innen auf einen grossen Schuldenberg, den die vorgängigen AKP-Verwaltungen hinterlassen hatten. Ohne die Mitwirkung der Bevölkerung konnten die Projekte nicht realisiert werden. Doch die Quartierräte liessen sich dadurch nicht entmutigen. So kam es zu Arrangements wie etwa: «Besorg du uns das Material, und wir stellen die Arbeitskräfte.»

Hier wird ein weiteres Charakteristikum des demokratischen Konföderalismus deutlich. Damit das Modell funktioniert, braucht es einen Mentalitätswandel in der Bevölkerung: Weg von der fordernden Haltung «nun macht mall!», hin zu aktiver Mitgestaltung. Doch auch auf der Ebene der Amtsinhaber:innen ist eine andere Mentalität gefordert, als wir sie hierzulande auch bei linken Mandatsträger:innen oft antreffen. Nicht die arrogante Attitüde der Macht im Sinne von «wir wissen schon, was für euch gut ist», sondern ein offenes Ohr für die Anliegen der Bevölkerung und die Bereitschaft, die anstehenden Probleme gemeinsam mit den Betroffenen anzugehen.

Nachdem Erdogans AKP bei den Wahlen 2015 die absolute Mehrheit verloren hatte, reagierte das türkische Regime mit gewaltiger Repression gegen die kurdische Bewegung. Die gewählten Bürgermeister:innen wurden abgesetzt und inhaftiert, in den Städten fuhren Panzer auf, ganze Stadtviertel wurden plattgewalzt. So fanden die vielversprechenden Versuche, den demokratischen Föderalismus in der Türkei in die Praxis umzusetzen, ein jähes Ende.

Gesellschaftsmodell in Rojava

In einer anderen kurdischen Region hingegen, in Rojava im Nordosten Syriens, wird der demokratische Konföderalismus seit nunmehr gut 10 Jahren praktiziert. Die Kurd:innen nutzten das Machtvakuum, das der Krieg hinterlassen hatte, und etablierten in der Region eine Selbstverwaltung. Kein einfaches Unterfangen, leben in diesem Gebiet doch etliche ethnische und religiöse Minderheiten. Ausserdem ist

Rojava ständig militärischen Angriffen von Seiten der Türkei ausgesetzt, die 2018 in Afrin – einem der vier Kantone Rojavas – einmarschierte und das Gebiet faktisch annektierte. Zuvor hatte der Islamische Staat die Region terrorisiert, konnte aber von der kurdischen Guerilla mit logistischer Unterstützung durch die USA vertrieben werden. Trotz dieser misslichen Umstände scheint der demokratische Konföderalismus in Rojava ein zwar nicht konfliktfreies, aber doch friedliches Zusammenleben der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten.

Vorläufiges Fazit

Der demokratische Konföderalismus hat zweifellos ein grosses emanzipatorisches Potenzial. Er ermächtigt und ermuntert die Menschen, die Gestaltung ihres Lebensraums selbst an die Hand zu nehmen, aktiv mitzugestalten. Er stärkt die Stellung der Frauen in der Gesellschaft. In der Türkei hat das Paradigma des demokratischen Konföderalismus den Weg geebnet für die Bildung eines breiten, multi-ethnischen Bündnisses, zu dem sich die kurdische Bewegung, grosse Teile der türkischen Linken und andere politische Organisationen unter dem Namen HDP zusammengeschlossen haben, eine «Einheit in Vielfalt», wie sie Öcalan in seinem Modell skizziert. Die HDP ist heute die drittstärkste politische Kraft in der Türkei.

Die Ökologie ist laut Öcalan nebst dem Feminismus eine weitere wichtige

Säule des demokratischen Konföderalismus. Dazu heisst es: «Im Rahmen dieser Art von Selbstverwaltung wird ein alternatives Wirtschaftssystem erforderlich, das die Ressourcen der Gesellschaft vermehrt, anstatt sie auszubeuten, und so den mannigfaltigen Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht wird.»⁴ Dem kann ich nur zustimmen, auch wenn die Formulierung viele Fragen offen lässt. Doch dass soziale Unterdrückung und ökologischer Raubbau eng miteinander verknüpft sind, ist weltweit offensichtlich. Und ein neues Verständnis der Menschen im Umgang mit den natürlichen Ressourcen ist – wie uns die Klimaerwärmung drastisch vor Augen führt – eine der drängendsten Fragen der Gegenwart.

Dass der demokratische Konföderalismus als allgemeingültiges Gesellschaftsmodell taugt, bezweifle ich allerdings. Öcalan hat sein Konzept als Gegenmodell zum zentralistisch-bürokratischen Nationalstaat entwickelt, in dem er das Machtzentrum schlechthin sieht. Der Nationalstaat strebe nach Hegemonie, erzwinge Assimilation und sei der Hauptfeind des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Vor dem Hintergrund der Geschichte des kurdischen Volkes sind das nachvollziehbare Schlüsse, wurde das kurdische Volk doch vor allem von Nationalstaaten wie der Türkei, dem Irak, dem Iran und Syrien tyrannisiert.

Doch das ökonomische Machtgefälle und damit einen zentralen Aspekt der Machtfrage blendet Öcalan weitge-

Rätestrukturen in Westkurdistan („Rojava“ / Nordsyrien)

Repräsentationsprinzip: zwei Ko-Vorsitzende (m/w), auf 2 Jahre gewählt, imperatives Mandat, wenn möglich Konsensentscheidungen

Quellen: Flach/Ayboga/Knapp: Revolution in Kurdistan, 2015; Ercan Ayboga (Interview): Kurdisches Leben in Rojava, März 21, 2014 (<http://marz21.de/kurdisches-leben-rojava/>).



Rätestruktur in Rojava von Anja Flach et al.

Bildquelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratischer_Konf%C3%B6deralismus#/media/Datei:R%C3%A4testrukturen-rojava.png

hend aus. Auf die Fragen, wie die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten überwunden werden kann, gibt das Konzept des demokratischen Konföderalismus keine Antworten. Es ist vermutlich kein Zufall, dass das Modell in Rojava umgesetzt wird, einer Region, die vorwiegend landwirtschaftlich geprägt ist und ein relativ geringes ökonomisches Machtgefälle aufweist.

Mehrfach beruft sich Öcalan auf die Moral. So schreibt er etwa: «Gesellschaften sind im Wesentlichen politisch und moralisch. Wirtschaftliche, politische, ideologische und militärische Monopole sind der Natur der Gesellschaft widersprechende Gebilde, da sie bloß nach Akkumulation von Mehrwert streben».³ Was heisst das, Gesellschaften sind im Wesentlichen moralisch?

Wertvolle Impulse

Trotz dieser kritischen Anmerkungen bin ich der Ansicht, dass sich eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Konzept des demokratischen Konföderalismus allemal lohnt. Für politische Entscheidungsfindungen und Mobilisierungen kann das Konzept auch für BastA! Vorbildcharakter haben. Und vor allem in links-grün regierten Gemeinden würde ich mir wünschen, dass Regierung und Verwaltung sich vom Konzept des demokratischen Konföderalismus inspirieren lassen.

1) Abdullah Öcalan, Demokratischer Konföderalismus, S. 23.

Im Internet abrufbar unter der Adresse <http://ocalanbooks.com/#/book/demokratischer-konfoederalismus>

2) ebenda, S. 30

3) ebenda, S. 22

4) ebenda, S. 20



Martin Flückiger, BastA!

PHARMA FÜR ALLE GEGEN DIE PROFITLOGIK IM MEDIKAMENTEN-BUSINESS

Die globale Arzneimittelkrise zeigt sich in steigenden Preisen für neue Medikamente, dem Rückzug großer Arzneimittelkonzerne aus der Produktion wichtiger Standardmedikamente und Vernachlässigung der Forschung gegen antibiotikaresistente Keime und Tropenkrankheiten.

Die Gruppe Pharma für Alle setzt sich für eine öffentliche Arzneimittelversorgung ein, die den Bedarf der Bevölkerung in den Vordergrund stellt und fordert eine neue Strategie, um das Monopol der großen Pharmakonzerne zu durchbrechen. Im Fokus steht der weltweit größte Antibiotika-Hersteller Sandoz, für den Pharma für Alle ein Kaufangebot unterbreitet hat.

Novartis hat das Angebot abgelehnt, daher fordert die Gruppe nun in einer Petition die Übergabe von Sandoz an eine gemeinnützige Trägerschaft und Unterstützung durch den Basler Regierungsrat zur Stärkung einer gemeinnützigen Pharmaversorgung.

Die Arzneimittelkrise ist eine globale Herausforderung, die sich in einer Reihe von Problemen zeigt, wie etwa den steigenden Preisen für neue Medikamente, dem Rückzug großer Arzneimittelkonzerne aus der Produktion wichtiger Standardmedikamente und der Vernachlässigung der Forschung und Entwicklung von Arzneimitteln gegen antibiotikaresistente Krankheitskeime oder Tropenkrankheiten. Jährlich sterben heute rund 5 Millionen Menschen an und mit Antibiotika-resistenten Keimen – Tendenz steigend.

Die Ursache dieser Krise liegt in den hohen Profiterwartungen der grossen Arzneimittelkonzerne. Doch es gibt eine Antwort darauf: Eine Pharma für Alle, die auf den lokalen und den globalen Bedarf ausgerichtet ist und nicht auf die Profitlogik der kapitalistischen Pharmabranche.

Dafür setzt sich die Gruppe Pharma für

Alle ein, die Ende 2022 gegründet wurde und von BastA!-Mitgliedern aktiv mitgetragen wird. Die Gruppe fordert eine öffentliche Arzneimittelversorgung, die den Bedarf der Bevölkerung in den Vordergrund stellt. Gleichzeitig sollen die Spielregeln geändert werden: Die Ergebnisse von öffentlicher Forschung dürfen nicht mehr mit Patenten privatisiert werden und die Preise neuer Arzneimittel müssen sich an transparent ausgewiesenen Kosten orientieren.

Im Fokus steht aktuell der weltweit grösste Antibiotika-Hersteller Sandoz, der Teil des Novartis-Konzerns ist. Novartis sucht für Sandoz eine Käufer-schaft, weil sich der Konzern auf das Geschäft mit besonders teuren Medikamenten konzentrieren will und eine Gewinnmarge von 40% anstrebt. Für die Profitmaximierung ist Sandoz mit durchschnittlichen Gewinnen von "nur" rund 10 bis 20% jedoch ein Hindernis.

Sandoz bietet mit 200 Wirkstoffen für viele wichtige Krankheiten Medikamente an und ist der weltweit größte Antibiotika-Hersteller. Pharma für Alle unterbreite deshalb an der diesjährigen Jahresversammlung der Novartis dem Konzern ein Kaufangebot. Sandoz soll in eine gemeinnützige Trägerschaft übergehen. Pharma Für Alle offerierte einen symbolischen Kaufpreis von einem Franken. Novartis hat von 2001- bis 2022 einen kumulierten Reingewinn von 191'895 Mio. USD erzielt. Diese Gewinne basieren auf Krankenkassenprämien, auf Steuergeldern oder auf Zahlungen aus dem dem Portemonnaie der Patient:innen. Jetzt ist es Zeit, der Öffentlichkeit etwas zurückzugeben.

Novartis hat das Kaufangebot wenig überraschend abgelehnt. Deshalb fordert die Gruppe nun in einer neuen Petition:

1) dass die Novartis ihre Generikasperte (Sandoz) an eine gemeinnützige Trägerschaft übergibt und das ent-

sprechende Kaufangebot der Gruppe Pharma für Alle an der kommenden Aktionärsversammlung zur Annahme empfiehlt.

2) dass der Basler Regierungsrat alles in seiner Macht stehende tut, um die Bemühungen zur Stärkung einer gemeinnützigen Pharmaversorgung zu unterstützen.

Doch Pharma für Alle geht über den Kauf von Sandoz hinaus. Jahrzehntlang wurde versucht, den großen Pharmakonzernen mit Regulierungen beizukommen, jedoch ohne Erfolg. Die

Gruppe fordert eine neue Strategie, um das Monopol der grossen Pharmakonzerne mit einem Verbund an gemeinnützigen Instituten und Pharmafirmen zu durchbrechen. Deshalb braucht es eine neue Strategie: Es braucht Forschungs-, Produktions- und Vertriebsrichtungen, die gemeinsam in der Lage sind, alle wichtigen Medikamente zu entwickeln, zu produzieren und weltweit zu vertreiben, und zwar ausserhalb der Profitzwänge und Profiterwartungen der privaten Pharmabranche.

Nicola Goepfert, Co-Präsident BastA!

<https://act.campax.org/petitions/petition-pharma-fur-alle>



„WIE WÄR'S MIT ETWAS MEHR GLEICHHEIT UND GERECHTIGKEIT?“

ERBSCHAFTSSTEUER

Seit 25 Jahren publiziert die Caritas jeweils zu Beginn des Jahres ihren Sozialalmanach zur sozialen Lage in der Schweiz. Der diesjährige Titel „Ungleichheit in der Schweiz“ beschreibt die aktuelle gesellschaftliche Problematik und diverse Autor:innen fokussieren in ihren Texten auf unterschiedliche Bereiche.

Die Übereinstimmung ist aber, dass die Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft und zwischen Regionen und Nationen stetig zunimmt. Und dies, obwohl in den vergangenen 250 Jahren historisch betrachtet die Welt grosse Schritte zu mehr Gleichheit gemacht hat. Im aktuellen Buch von Thomas Piketty „Eine kurze Geschichte der Gleichheit“ kann diese Entwicklung nachgelesen werden. Der Kampf für die soziale Gerechtigkeit muss stetig fortgesetzt werden, da die kapitalistische Gesellschaft fortlaufend soziale Ungleichheit produziert bzw. auf diese angewiesen ist, damit die „Mega-Maschine“ am Laufen gehalten werden kann.

In der Schweiz steigt die Armut seit 2014 kontinuierlich an. Jede sechste Person und jedes fünfte Kind ist armutsgefährdet. Die Corona-Pandemie hat die sozialen Ungleichheiten mindestens kurzfristig weiter verschärft. Besonders Haushalte mit tiefen Einkommen und prekären Arbeitsbedingungen sind betroffen.

Steuerpolitik ist immer Umverteilung

Mit der Einführung von progressiven Steuern auf Einkommen und Vermögen sowie dem Aufbau des Sozialstaats nach dem zweiten Weltkrieg konnte bis in die achtziger Jahre eine Umverteilung zu mehr Gleichheit erreicht werden. Mit der weltweiten neoliberalen Wende der 1980er Jahre wurde die Richtungsänderung eingeläutet. Arbeitsmärkte wurden dereguliert, öffentliche Dienstleistungen privatisiert, die soziale Sicherheit abgebaut und Steuern für Unternehmen und auf hohe Einkommen und Vermögen gesenkt. Zehn Jahre später wurden die Finanzmärkte dereguliert – all dies führte dazu, dass die obersten Einkommensgruppen im Vergleich zu den mittleren und unteren überproportional profitierten. Die staatliche Umverteilung von oben nach unten wurde deutlich reduziert. Dieser Prozess ist noch nicht zu Ende und hat sich in den letzten Jahrzehnten weiter manifestiert.

Auch die diesen März verlorene Abstimmung zur Steuerreform in Basel-Stadt stand unter diesem Stern – auch wenn das Steuerpaket so geschnürt war, dass es ebenfalls zu steuerlichen Entlastungen der unteren und mittleren Einkommensgruppen kam. Die zusätzliche Senkung der Vermögenssteuer und des Steuersatzes auf hohe Einkommen führen zu einer grösseren Ungleichheit. Die Posi-

tion der Basler Regierung gegenüber der Umsetzung der OECD-Steuerreform widerspiegelt dieselbe Logik – diese verschärft den interkantonalen Steuerwettbewerb und fördert somit die Ungleichheit zwischen reichen und armen Kantonen und Nationen.

Die Ungleichheit bei der Vermögensverteilung ist erschreckend

Vermögen sind weltweit stärker konzentriert als Einkommen. Dies trifft in besonderem Masse auf die reiche Schweiz zu. Die Vermögensverteilung ist hierzulande eine der ungleichsten der Welt. Seit den 1990er-Jahren nimmt diese ungleiche Verteilung stetig zu. Das reichste Prozent der Steuerzahlenden besass vor dreissig Jahren rund 30% aller Vermögen – heute ist dieser Wert auf rund 45% gestiegen. Die Ungleichheit verschärft sich weiter, da die Einkommensstärksten Personen auch die höchsten Vermögen besitzen – somit konzentriert sich der Reichtum auf eine kleine Gruppe. Eine solche grosse Ungleichheit ist neben den sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen vor allem auch ein staatspolitisches Problem. Diese Ungleichheit fördert die Oligarchisierung der Gesellschaft, und durch monetäre Zuwendungen werden Wahlen, Abstimmungen und die Medienberichterstattung beeinflusst. Dies ist für eine Demokratie schädlich und fördert die Ungleichheit.

Eine Erbschaftssteuer gegen das Abdriften in eine Erbgengesellschaft ist notwendig

Heute sind mehr als die Hälfte aller Vermögen nicht selbst erwirtschaftet. Das erworbene Eigentum wurde also leistungslos vererbt oder verschenkt. Es dreht sich also um die Fragen: „Erbst du noch? Oder arbeitest du nur?“ Es gibt ein Trend hin zu einem neuen Geldfeudalismus. Das Volumen an Erbschaften steigt stetig an und vergrössert die bestehende immense Vermögensungleichheit ständig weiter. Eine progressive Erbschaftssteuer für die Nachkommen und die Hinterlassenen wäre daher das beste Instrument, um einen Teil des Vermögens umzuverteilen.

Eine Erbschaftssteuer dient nicht nur zur Erzielung von mehr Staatseinnahmen, sondern ist zugleich ein Instrument des Sozialstaates, welches verhindert, dass Reichtum über Generationen hinweg in den Händen weniger kumuliert. Selbst in der kapitalistischen Logik macht eine Eingrenzung Sinn. So wie durch Aufsicht und Regeln versucht wird, in der Wirtschaft Monopole zu verhindern, müsste auch die Konzentration von Vermögen in wenigen Familien-Dynastien verhindert werden.

Es verwundert nicht, dass Ökonom:innen die Erbschaftssteuer als geeignetste Steuer zur Eindämmung der sozialen Ungleichheit bezeichnen. Aus Sicht der Wirtschaftswissenschaften ist sie beliebt, da sie kaum Auswirkungen auf die wirtschaftliche Tätigkeit hat und eine hohe Umverteilungswirkung erzielt. Im Jahr 2022 werden in der Schweiz voraussichtlich rund 88 Milliarden Franken vererbt und verschenkt. Im europäischen Vergleich ist die Besteuerung in der Schweiz sehr tief. Mit rund 1.4 Milliarden Franken an Einnahmen aus der Erbschaftssteuer kann 2022 gerechnet werden, was pro vererbtem Franken 1.6 Rappen ergibt. Im Jahr 1990 betrug der Ertrag aus der Erbschaftssteuer noch durchschnittlich 4.3 Rappen pro Franken. Offensichtlich wurden Vermögen und Erbschaften in den letzten 30 Jahren erheblich steuerlich entlastet.

Mit den Killerargumenten „Steuerwettbewerb“ und «Abwanderungsgefahr» wurde in den letzten drei Jahrzehnten der Boden gelegt, um sämtliche Bestrebungen etwas zu ändern im Keime zu ersticken. So argumentiert u.a. auch

die Finanzdirektorin des Kantons Basel-Stadt auf meine schriftliche Anfrage zu einer möglichen Erbschaftssteuer vom August 2022. Diese Argumentation hält gezielteren Untersuchungen jedoch nicht stand. Das Erbschaftssteuersubstrat reagiert kaum auf Veränderungen bei der kantonalen Besteuerung. Umzüge von wohlhabenden älteren Steuerzahlenden aufgrund einer aufgehobenen oder eingeführten Erbschaftssteuer sind nicht der Rede wert. Und trotzdem wurde 2015 die Initiative zur Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer mit 71 Prozent Nein-Stimmen deutlich abgelehnt. Es sind vor allem psychologische und kulturelle Gründe, welche die grosse Ablehnung erklären. Eine objektive, rationale und wertfreie Information ist von grosser Bedeutung, um eine Abstimmung zur Erbschaftssteuer zu gewinnen – denn mit einer „Tax the Rich-Kampagne“ ist das nicht zu erreichen, da viele Menschen die Idee des eigenen erwirtschafteten Reichtums völlig überschätzen.

Initiative für kantonale Erbschaftssteuer ist in Vorbereitung

Die Idee einer Wiedereinführung der Erbschaftssteuer im Kanton Basel-Stadt beschäftigt die AG Umverteilung seit

letztem Jahr. Das Referendum gegen die Steuervorlage diesen März hat den Prozess kurzfristig unterbrochen. Nun werden wir diesen Prozess abschliessen und dieses Jahr unsere kantonale Initiative für eine Wieder-Einführung einer Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen lancieren. Ein Teil der Einnahmen aus der Erbschaftssteuer könnte einem Klimagerechtigkeits-Fonds zugeführt werden, um die notwendigen Klimaziele finanziell zu unterstützen.

Literaturhinweise:

Sozialalmanach Ungleichheit in der Schweiz, 2023, Caritas Schweiz, Caritas-Verlag, Luzern

Eine kurze Geschichte der Gleichheit, Thomas Piketty, 2022, Verlag C.H. Beck, München



Oliver Bolliger, Grossrat BastA!

BastA!

Basels starke Alternative

Du möchtest dich gerne einbürgern lassen, hast aber noch Fragen, Zweifel oder Befürchtungen?

Komm an unseren Einbürgerungstreff!

Hier erfährst du detailliert und anschaulich, wie das Einbürgerungsverfahren abläuft, was dich beim Einbürgerungsgespräch erwartet, worauf du besonders achten solltest und wie du ein Gesuch um Gebührenerlass stellen kannst, falls du Sozialhilfe beziehst.

Diesmal gibt's die Infos auf Deutsch und Französisch

Tu souhaites te faire naturaliser, mais tu as encore des questions, des doutes ou des craintes ?

Viens à notre rencontre sur la naturalisation !

Tu y apprendras en détail et de manière claire comment se déroule la procédure de naturalisation, ce qui t'attend lors de l'entretien de naturalisation, ce à quoi tu dois faire particulièrement attention et comment tu peux déposer une demande d'exonération des taxes de naturalisation, si tu bénéficies de l'aide sociale.

Cette fois-ci, les informations sont disponibles en allemand et en français.

EINBÜRGERUNGSTREFF

MONTAG, 5. JUNI, 18:30 - 21 UHR

RADIO X, OSLOSTRASSE 8, 4142 Münchenstein